



FDP im Gemeinderat · Rathaus E 5 · 68159 Mannheim

Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim
Herrn Dr. Peter Kurz
Rathaus, E 5
68159 Mannheim

FDP im Gemeinderat
Rathaus E 5
68159 Mannheim

Tel.: +49 621 293-9405
Fax: +49 621 293-9536

fdp@mannheim.de
www.fdp-mannheim.de

15. Mai 2019

Antrag zu TOP 4 der Sitzung des Hauptausschusses am 21. Mai 2019

Mannheim als sicherer Hafen

Der Gemeinderat möge beschließen:

- a. Mannheim bekennt sich auch weiterhin zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen.
- b. Die Stadt Mannheim schließt sich dem Appell der Städte Heidelberg, Bonn, Düsseldorf, Berlin, Freiburg und Köln u. w. an, der fordert, dass es intensive politische Anstrengungen geben muss, um die katastrophale Situation im Mittelmeer zu lösen, bis es eine europäische Gesamtlösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration von Geflüchteten gibt.
- c. Die Stadt fordert die lokalen Landtags- und Bundestagsabgeordneten auf, im Bundestag oder über den Bundesrat auf die Regierung einzuwirken, dass diese sich mit aller Kraft für eine europäische gemeinsame Lösung und gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung einsetzt.
- d. In einem Brief an die Bundeskanzlerin fordert die Stadt die Regierung auf, den europäischen Partnern die Bereitschaft zu signalisieren, Flüchtlinge von Rettungsschiffen aufzunehmen, unter der Voraussetzung, dass die Seenotrettung die Häfen der einzelnen Länder ungehindert anfahren kann. Zudem fordert die Stadt, diese den Kommunen über einen Verteilschlüssel zuzuweisen.
- e. Die Stadt signalisiert, dass auch Mannheim im Rahmen seiner Möglichkeiten bereit ist, Flüchtlinge aus solch einem Verteilsystem aufzunehmen.

Begründung:

Die Situation der Bootsflüchtlinge ist katastrophal. Mehr als 1500 Menschen sind alleine im letzten Jahr im Mittelmeer ertrunken. Die Bundesregierung ist es bisher bedauerlicherweise nicht gelungen, eine europäische Lösung voranzutreiben. Es ist dramatisch und eine Schande für die europäische Gemeinschaft, dass man nach wie vor keine gemeinsame Lösung für die Migrationspolitik und die Versorgung der Geflüchteten findet. Die FDP setzt sich auf allen Ebenen für ein gemeinsames europäisches Vorgehen ein. Solange dies nicht gelingt, sehen wir es als humanitäre Verantwortung, Menschen in Seenot zu retten. Seenotrettung ist

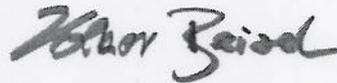
internationales Recht, Rettungsschiffen die Einfahrt in europäische Häfen zu verweigern somit Rechtsbruch, den wir nicht akzeptieren. Daher fordern wir freie Zufahrt zu den Häfen als Voraussetzung für weitere Hilfen. Wir stellen klar fest, dass hier in erster Linie die Bundesregierung in der Pflicht steht, national zu handeln, z.B. durch schnelle Asylverfahren und ein Einwanderungsgesetz, und europäisch auf eine gemeinsame Migrationspolitik hinzuwirken.

Selbstverständlich stellt sich Mannheim auch weiterhin seiner Verantwortung, Menschen in Not, die bei uns Zuflucht suchen, im Rahmen seiner Möglichkeiten und im Rahmen unserer Gesetze aufzunehmen und zu helfen. Daher signalisiert die Stadt Hilfsbereitschaft als Signal in Richtung Bund, endlich aktiv zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Birgit Reinemund
Stadträtin



Volker Beisel
Stadtrat